

GEGEN JEDEN GESCHICHTS-

REVISIONISMUS

DEUTSCHE REALITÄTEN ANGREIFEN

+++der Reader zur Kampagne+++

[BÜNDNIS]
kritik&aktion

www.bka.blogspot.de



Antifaschistische
aktion



<u>Gegen jeden Geschichtsrevisionismus</u>	<u>Seite 3</u>
<u>Pforzheim, ein Blick in die Vergangenheit</u>	<u>Seite 6</u>
<u>Rechte Strukturen in Pforzheim und dem Enzkreis</u>	<u>Seite 7</u>
<u>Verwaltungsgericht lehnt Demogebühren ab</u>	<u>Seite 13</u>
<u>Terminübersicht</u>	<u>Seite 15</u>

Gegen jeden Geschichtsrevisionismus

Aufruf zur gleichnamigen Kampagne

Auch dieses Jahr wird es wieder rund um den 23. Februar, dem Jahrestag der Bombardierung Pforzheims, Naziaktivitäten geben. Zwar hatte der „Freundeskreis ein Herz für Deutschland“ (FHD) angekündigt, dieses Jahr keine eigene Fackelmahnwache zu veranstalten, sondern am städtischen Gedenken am Hauptfriedhof teilzunehmen, wo es genügend Anknüpfungspunkte gäbe, jedoch wurde kürzlich bekannt, dass der FHD nun doch eine Fackelmahnwache auf dem Wartberg angemeldet hat.

Die vom FHD erwähnten Anknüpfungspunkte am städtischen Gedenken, die solche Überlegungen überhaupt erst möglich machen, bestehen aber dennoch seit Jahren. Anstatt sich mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen, greift die Stadt Pforzheim diese vermehrt erst ab 1945 auf. Ob auf den Gedenktafeln, welche die Stadt nach der Bombardierung zeigen oder bei der 2005 veranstaltete Lichterkette (, an welcher über 5000 Menschen teilnahmen um den Pforzheimer "Opfern" zu gedenken) - nirgends wird ein Bezug zur nationalsozialistischen Vorgeschichte hergestellt.

Nachdem der Heidnische Sturm Pforzheim am Volkstrauertag 2007 einen Kranz niedergelegt hatte, änderte die Stadt die Friedhofssatzung dahingehend, dass Gedenkfeiern drei Tage im Voraus anzumelden sind und dass der Veranstalter Kranzniederlegungen und Redebeiträgen zustimmen hat. Auch wird betont, dass nach §4 des Bestattungsgesetzes bei

besonderen Anlässen das Betreten des Friedhofes untersagt werden kann. Dabei bleibt zu bezweifeln, ob öffentliches Gedenken unter diesen Paragraphen fällt.

„total daneben“

2007 verabschiedete der Gemeinderat im Vorfeld des 23. Februar mit großer Mehrheit einen „Extremistenbeschluss“, wonach man die demokratische Grundordnung gleichermaßen von Rechtsextremisten wie von der radikalen Linken bedroht sieht.

Man bedient sich in Pforzheim immer wieder dieses totalitarismustheoretischen Konstruktes, das Inhalte völlig ausblendet. Damit wird versucht, sich fernab der politischen "Extreme" zu positionieren; die bürgerliche Mitte ist somit von dem Verdacht antidemokratischer Tendenzen befreit.

Beim Besuch des Konzentrationslagers Gurs betonte Oberbürgermeisterin Christel Augenstein die Wichtigkeit der 2007 veranstalteten Ausstellung „Kindheit ohne Würde in der Zeit des Nationalsozialismus“, wobei sich die Unterstützung der Stadt lediglich auf die Bereitstellung der Räumlichkeiten im Rathaus beschränkte. Veranstalter war das „Bündnis gegen Rechts“, in welchem auch von der Stadt als linksextremistisch angeprangerte Gruppen vertreten sind.

„Kritik unerwünscht?“

So wundert es nicht, dass es nach einer Anfrage der rechtsextremistischen Republikaner im Gemeinderat über die Nutzung städtischer Räume durch linke AktivistInnen und Gruppen zu einem

Veranstaltungsverbot kam.

Maßgeblich trugen dazu verschiedene Funktionsträger der Pforzheimer CDU bei, die massiven Druck auf den Trägerverein der städtischen Jugendzentren ausübten.

So musste 2007 ein Konzert gegen Rechts abgesagt werden und eine antifaschistische Infoveranstaltung in andere Räume verlegt werden.

Bereits 2003 konnte die bundesweit problemlos gezeigte Ausstellung „Faschismus in der BRD“ auf Druck des Pforzheimer CDU-Politikers Stefan Mappus (MdL) nicht in städtischen Räumen stattfinden und musste in die Pforzheimer Stadtkirche ausweichen.

Auch die höchst umstrittene Praxis der sog. „Demogeühren“, die rechtlich noch nicht geklärt ist, lässt auf das repressive Klima in dieser Stadt schließen.

Eine vollständige Aufzählung solcher Vorfälle ist uns aus Platzgründen nicht möglich.

„Einiges wird niemals gewesen sein“

Jedes Jahr im Vorfeld des 23. Februar, dem Tag der Bombardierung Pforzheims, ruft die Stadt die kollektive Trauer aus. In diesem Zuge gibt es unzählige Veranstaltungen, bei denen jedoch grundsätzlich die Mitschuld der damaligen enthusiastischen NSDAP-WählerInnen und der Rüstungsindustrie in Pforzheim an den deutschen Verbrechen gekannt ausgeblendet wird und somit eine gemeinsame Opferrolle geschaffen wird. Kritisch ist dabei nicht der individuelle Akt der Trauer um verstorbene Verwandte und Freunde, sondern die Reduzierung auf „das Leid“ von Seiten der städtischen FunktionsträgerInnen und die damit

einhergehende Ausblendung der historischen Situation, deren logische Konsequenz auch der Angriff auf Pforzheim war.

Der Höhepunkt ist dabei die städtische Gedenkfeier auf dem Hauptfriedhof, bei der Oberbürgermeisterin Christel Augenstein eine rührende Rede hält.

Ebenfalls kritisch zu betrachten ist Pforzheims Verhältnis zu seiner baskischen Partnerstadt Guernica. Diese wurde 1937 von der deutschen NS-Luftwaffe komplett zerstört. Von offizieller Seite werden die beiden Ereignisse aus dem historischen Kontext gerissen und auf das Leid, das ja schließlich beide Städte erlitten haben, reduziert. So erscheinen überall Opfer und nirgends mehr Täter.

„Deutsche Opfer“

Seit mehreren Jahren kommt es am Abend des 23. Februar zu einem gespenstischen Ereignis. Mehr als hundert Rechtsextremisten versammeln sich mit Fackeln, auf Einladung des „Freundeskreis ein Herz für Deutschland“ zum Zeitpunkt der Bombardierung Pforzheims auf dem Wartberg und gedenken „der deutschen Opfer“ des Bombenangriffs. Im Jahr 2002 kam es erstmals zu antifaschistischen Gegenaktionen, die die Nazimahnwache auch prompt verhindern konnten.

In den folgenden Jahren sahen sich die antifaschistischen DemonstrantInnen im Vorfeld der Gegenaktionen mit durch die Presse verbreiteten Horrorszenarien von „anreisenden Chaoten“ und ähnlichem konfrontiert. Damit sollte das überdimensionierte Polizeiaufgebot (600-1000 Beamte) legitimiert und die Proteste auf die Gewaltfrage reduziert werden. Somit wurde eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Anliegen

der AntifaschistInnen gekonnt um-
gegangen.



„Lets get it on“

Ein auf den Kampf gegen Nazis beschränkter Antifaschismus kann keine langfristige Perspektive bieten; er muss sich immer auch auf die aktuelle gesamtgesellschaftliche Entwicklung beziehen. Deshalb gilt es kontinuierlich die rechten Tendenzen gerade der „bürgerlichen Mitte“ aufzuzeigen und zu bekämpfen.

Beteiligt euch an der Kampagne **„Gegen jeden Geschichtsrevisionismus – Deutsche Realitäten angreifen“** und werdet selbst aktiv!

Beteiligt euch an der Kampagne

Pforzheim, ein Blick in die Vergangenheit

Pforzheim vor dem Angriff

Pforzheim wurde bereits zu Beginn des Krieges auf Grund seiner Schmuckindustrie schnell auf die Produktion kriegswichtiger Güter wie Zünder, Präzisionsteile, Teile für Kleinwaffen und Uhrwerke umgestellt.

Um die Eingliederung der Stadt in die Rüstungsproduktion zu gewährleisten, sind die Pforzheimer Unternehmen selbst aktiv geworden. Bereits 1940 hatte der Reichsminister für Munition und Bewaffung, der gebürtige Pforzheimer Dr. Fritz Todt, angeregt, die ortsansässige Schmuckindustrie in die Produktion des Flag-Zünders S 30 mit einzubeziehen.

Am 29.05.1942 fand in Pforzheim ein Treffen unter Leitung des Staatssekretärs Dr. Friedrich Walter Landfried vom Reichswirtschaftsministerium statt, dessen Aufgabe es war, mehr ArbeiterInnen aus dem zivilen Bereich der Rüstungsproduktion zuzuführen. Beinahe jedes Haus hatte eine kleine Werkstatt, in der für die Schmuckindustrie gearbeitet wurde. Ende 1944 arbeiteten mind. 10000 ArbeiterInnen für die Rüstungsindustrie. Die Pforzheimer Industrie war auch maßgeblich an der Entwicklung technologischer Neuerungen wie dem X-Strahl-Verfahren zur besseren Zielerfassung (entwickelt von G. Schaub Apparaturenbauteil-GmbH, eingesetzt u. A. in Coventry) beteiligt. In manchen Bereichen der Bordfunkgeräte kamen bis zu 50% der Teile aus Pforzheim. Um die steigende Nachfrage befriedigen zu können, griffen die Pforzheimer Unternehmen auch auf ZwangsarbeiterInnen zurück, wie zwangsdeportierte ArbeiterInnen

aus den Vogesen (ab Herbst '44), internierte italienische Kriegsgefangene (ab 1943/44) und ZwangsarbeiterInnen aus der Ukraine und Russland. Sogar die Anforderung von KZ-Häftlingen ist bekannt. Auch für die V1 und V2 wurden in Pforzheim Teile gefertigt.

Weiter war die Stadt aus logistischen Gründen ein Ziel für militärische Aktionen. In den Planungen der Nazis kam der Stadt eine wichtige Schlüsselfunktion beim Schienentransport der militärischen Verbände zu. Sollte nämlich die Nord-Süd-Linie im Rheintal ausfallen, so wäre Pforzheim, das auf der Ausweichroute über den Schwarzwald lag und Anschluss an die Ost-West-Linien gewährte, ein wichtiger Umschlagplatz für die Versorgung der südlichen Ostfront und der Westfront.

Ein Angriff auf Pforzheim war daher eine Maßnahme zur Verkürzung des Krieges, sowohl zur Unterbindung des Nachschubs von Soldaten und Waffen an die Fronten, als auch um die Produktion kriegswichtiger Güter zu beeinträchtigen.

Nachdem der Sitz der damals für Pforzheim zuständigen Reichsrüstungsinspektion Straßburg im November 1944 eingenommen worden war, wurden auch Pläne, die die Rüstungsproduktion in Pforzheim betrafen, gefunden. Somit war den Alliierten spätestens ab diesem Zeitpunkt das Ausmaß der Rüstungsproduktion bekannt.

Es ist davon auszugehen, dass Pforzheim daraufhin in der Zielliste hochgestuft wurde.

Rechte Strukturen in Pforzheim und dem Enzkreis

In Pforzheim und dem Enzkreis gibt es seit längerem einige extrem rechte Gruppierungen und Parteien.

Die bekanntesten und aktivsten sind:

- der „Freundeskreis ein Herz für Deutschland e.V.“ [FHD]
- der „Heidnische Sturm Pforzheim“ [HSP]
- die NPD und ihre Jugendorganisation JN
- der „Republikaner“ [REP]-Kreisverband Pforzheim und
- „Stallhaus Germania“ [SG] in Mühlacker

Darüber hinaus gab es noch weitere rechte Gruppierungen und Zusammenschlüsse, die allerdings nicht mehr aktiv oder bereits aufgelöst sind, so wie beispielsweise die „Kameradschaft Remchingen“.

Im Folgenden soll etwas genauer auf die einzelnen Gruppierungen eingegangen werden. Leider können wir dabei keinen Anspruch auf die Vollständigkeit der aufgezählten Fakten erheben.

Der Freundeskreis ein Herz für Deutschland

Der „Freundeskreis ein Herz für Deutschland e.V.“ [FHD] wurde 1989 ursprünglich als Jugend- und Vorfeldorganisation der NPD gegründet, hat sich dann jedoch schnell zu einem eigenständigen, festen Bestandteil der extrem rechten Szene entwickelt.

Silvio Coraglia ist nicht nur der Vorsitzende des FHD, sondern auch darüber hinaus sehr aktiv.

Einige Beispiele dafür :

- 2004 trat er auf der Liste der Republikaner zur Gemeinderatswahl in Pforzheim an
- Er war der presserechtlich verantwortliche Herausgeber der extrem rechten Publikation „Freies Wort Pforzheim“



1. Vorsitzender des FHD Silvio Coraglia

Außerdem beweist er immer wieder großes Interesse für die linke Szene in Pforzheim und dem Enzkreis:

- Am 05.07.07 erschien er beim Gründungstreffen der Partei „Die Linke Pforzheim/Enzkreis“
- Am 08.12.07 versuchte er mit weiteren Nazis an einem Vortrag in Mühlacker über die rechte Szene in Baden-Württemberg teilzunehmen.

Beides konnte jedoch von den Veranstaltern unterbunden werden.

Aufgefallen ist der FHD vor allem durch seine Publikationen und Veranstaltungen. Zu den wichtigsten Veranstaltungen zählen Vorträge, Konzerte und Kundgebungen mit zum Teil bundesweit und international bekannten Holocaust-Leugnern und anderen Nazigrößen.

Den Höhepunkt bildet natürlich die seit 1993 stattfindende geschichtsrevisio-nistische Fackelmahnwache auf dem Pforzheimer Wartberg am 23. Februar. Hier sind vermehrt Neonazis aus dem süddeutschen Raum, aber zum Teil auch bundesweit Angereiste anzutreffen.

2002 konnte die Veranstaltung durch antifaschistischen Widerstand verhin-dert werden. Seither gibt es jedes Jahr Aktionen gegen die Fackelmahnwache. Für das Jahr 2008 gab der FHD bekannt, keine Mahnwache durch-führen zu wollen, sondern sich bei der offiziellen Gedenkfeier der Stadt auf dem Hauptfriedhof zu beteiligen. Mittlerweile ist jedoch bekannt geworden, dass der FHD auch dieses Jahr eine Fackelmahnwache ange-meldet hat.

Nachdem am 18.11.07, dem Volks-trauertag, bereits Mitglieder des FHD auf der Gedenkveranstaltung der Stadt am Hauptfriedhof anwesend waren und Mitglieder des Heidnischen Sturm einen Kranz niederlegten, was für großes Aufsehen sorgte und öffentliche Diskussionen anstieß, bleibt der Umgang der Stadt mit den Rechten am 23. Februar ein interessantes Thema.

In seinen Publikationen hetzt der FHD meist gegen alle, die nicht in sein rassistisches, faschistisches und antisemitisches Weltbild passen.

Dabei gibt er sich meist sehr bürgernah und befasst sich auch mit tagespolitischen Themen, wie bei-spielsweise den Wahlen. Der Inhalt ist und bleibt dabei aber stets seinem Weltbild entsprechend.

Kontakte des FHD bestehen zu vielen rechten Gruppierungen, mit denen meist auch schon zusammen-gearbeitet wurde. Dabei sind die wichtigsten Kontakte die zu den Republikanern und zur NPD. 2004 kandidierten Mitglieder des FHD für die REPs (bereits 1999 wurde aktiv Wahlkampfhilfe geleistet), 2005 unter-stützte der FHD die NPD beim Wahl-kampf.

Ebenfalls bestehen Kontakte zu folgenden Gruppierungen: „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft“, „Deutsche Liga für Volk und Heimat e.V.“, „Freundeskreis ein Herz für Deutschland Stuttgart“, „Freundeskreis Franz Schönhuber“, „Süddeutscher Bund für Heimat und Leben e.V.“, „Nationaler Widerstand Rhein-Neckar“

Laut Innenministerium wurden seit dem Jahr 2003 von Mitgliedern der Vereinigung „Freundeskreis ‚Ein Herz für Deutschland‘ Pforzheim e. V.“ insgesamt elf politisch motivierte Straftaten polizeilich registriert.

Heidnischer Sturm Pforzheim

Der HSP gründete sich Ende 2005. Sein Umfeld umfasst ca. 30 Personen, zum engeren Kreis gehören allerdings nur ca. 15 Personen.

Erstmals in Erscheinung getreten ist der HSP durch die Teilnahme an bundesweiten Neonazi-Demonstration-en. Doch auch in Pforzheim und dem Enzkreis ist der HSP aktiv. Hervor-zuheben sind vor allem die Verbreitung

von extrem rechtem Gedankengut und die Teilnahme an verschiedenen, meist einschlägig rechten Veranstaltungen.

Im Folgenden eine kurze Übersicht der Aktivitäten:

und begaben sich auf ein zeitgleich in Mühlacker-Lomersheim stattfindendes Vaternachts-Fest, wo sie die Besucher durch rassistische Pöbeleien provozierten. Die Situation eskalierte und es kam zu einer Schlägerei, die



Mitglieder des HSP bei einer Demonstration in Stuttgart im Jahr 2006. 1.v.r. "Anführer" Jonathan Stumpf

Am 23.02.06 wurden ca. ein Dutzend Mitglieder des HSP vorläufig festgenommen, da sie durch uniformiertes und bewaffnetes Auftreten gegen die Veranstaltungsaufgaben zur Fackelmahnwache des FHD verstoßen hatten.

Am 08.05.06, dem Tag der deutschen Kapitulation im Zweiten Weltkrieg, veranstaltete die Kameradschaft Remchingen ein „Heldengedenken“, an dem auch Mitglieder des HSP teilnahmen.

Am 25.05.06 veranstaltete das Stallhaus Germania ein Fest mit Bierzeltbetrieb, bei dem auch ca. zehn Personen vom HSP anwesend waren. Einige Rechte verließen das Fest später

schließlich durch die Polizei beendet wurde.

Am 18.11.07, dem Volkstrauertag, legten Mitglieder des HSP bei der städtischen Gedenkfeier am Hauptfriedhof einen Kranz nieder, was ihnen im Vorhinein von den Veranstaltern ausdrücklich untersagt worden war. Die Aktion sorgte nicht nur in der Pforzheimer Öffentlichkeit für Empörung.

Selbst organisierte der HSP bisher nur kleinere Veranstaltungen wie z.B Grillfeste.

In der Öffentlichkeit fällt der HSP durch sein Logo auf, das von Jacken und T-Shirts prangt.

Zu den Publikationen des HSP sei exemplarisch ihr sogenanntes „12-Punkte-Programm“ erwähnt. Dieses wurde am 09.05.2006 veröffentlicht und ist voll von menschenverachtenden und rassistischen Thesen. Hier wird eine national(sozial)istisch-völkische Rassenlehre von „Volksgemeinschaft“ und einem neuen Deutschland vertreten.

Hierbei wird ein homophober, antisemitischer, christenfeindlicher und eben heidnischer Glauben zu Grunde gelegt.

Von Mitgliedern des „Heidnischen Sturm Pforzheim“ sind seit 2003 insgesamt 23 politisch motivierte Straftaten bekannt geworden.

Die Republikaner [REP]

Die wichtigste Person der Pforzheimer REPs ist der Druckereibesitzer Klaus Rapp aus Pforzheim. Er ist seit 1989 Mitglied. Von 1992 bis 2001 war er Landtagsabgeordneter (MdL), seit 2003 ist er Mitglied im Gemeinderat der Stadt Pforzheim. Dieter Ebert, der mit ihm im Gemeinderat sitzt, kommt ebenfalls aus Pforzheim.

Auch wenn nur zwei Mitglieder der REPs im Gemeinderat sind, kann dies größere Auswirkungen haben.



Infostand der REP zur Bundestagswahl 2005 in Pforzheim; zur gleichen Zeit versammelten sich Mitglieder des FHD kostümiert mit Esels- und Schweinemasken in der Innenstadt.

So stellte Klaus Rapp im Vorfeld des 23. Februar 2006 innerhalb der Gemeinderatssitzungen die Frage, warum AntifaschistInnen Veranstaltungen in städtischen Räumen durchführen dürfen.

Was im nichtöffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung besprochen wurde, lässt sich nicht genau sagen. Fest steht, dass der hießigen Antifa kurz darauf ein Verbandsverbot für städtische Räume erteilt wurde.

Stallhaus Germania

Stallhaus Germania [SG] ist eine dem rechten Skinhead-Spektrum zuzurechnende Gruppierung, die in Mühlacker-Lomersheim ein Vereinsheim unterhält. Gegründet hat sich Stallhaus Germania im März 2000. Zum engeren Kreis gehören 20 bis 25 Personen.

Nach eigenen Angaben unterteilt sich die Gruppe in drei Sektionen: Baden, Württemberg und Schweiz; zudem verfügt SG über eine eigene Jugendorganisation, die SG-Jugend.

Ihre Organisationsstrukturen ähneln denen von Rocker-Clubs, wie z.B. den „Hells Angels“. Deutlich wird dies in dem auf ihrer Homepage veröffentlichten Selbstverständnis und durch die Beitrittsbedingungen für neue Mitglieder.

So dauert die Anwärterschaft in der Stallhaus Germania-Jugend bis zu zwei Jahre. Erst ab 21 Jahren ist ein Beitritt möglich. Auch ihr interner Leitspruch „Es soll nicht heißen 'was tut der Club für mich?', sondern 'was kann ich für den Club tun?'" erinnert an die Philosophie von Rocker-Clubs.

Weitere Parallelen zur Struktur und Arbeitsweise bestehen zu der im Jahr



Mitglieder von SG bei einem Rechtsrockkonzert im eigenen Clubheim in Lomersheim.

2000 verbotenen extrem rechten Skinheadorganisation „Blood&Honour“. Kontakte bestehen zu verschiedenen rechten Gruppierungen von der Schweiz bis an die Nord-/Ostsee. Die wichtigsten sind die „NPD“, „Furchtlos und Treu“ [F&T] aus dem Raum Ludwigsburg/Heilbronn, „Heidnischer Sturm Pforzheim“, „Kameradschaft Kaiserstuhl-Tuniberg“ aus dem Freiburger Raum, „Kameradschaft Zweibrücken“ und den „Snevernjungs“ aus der Gegend zwischen Hamburg und Lüneburg.

Stallhaus Germania tritt immer wieder durch verschiedene extrem rechte Veranstaltungen in Erscheinung.

Die bedeutendsten waren:

- die Teilnahme oder Organisation von Fußballturnieren, wie z.B. im September 2003 mit Furchtlos und Treu,

- das geschichtsverfälschende Helldengedenken, ebenfalls 2003, mit Furchtlos und Treu und der Kameradschaft Kaiserstuhl-Tuniberg
- der Solidaritätsaufruf für den Asgardversand [=Nazi-Versand]
- der Demonstrationsaufruf zu einer vom „Freien Widerstand-Süd-deutschland“ und der Kameradschaft Stuttgart organisierten Demo in Stuttgart im Januar 2006.

Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt jedoch in der Organisation und Veranstaltung von Partys und Konzerten mit einschlägig rechtem Inhalt. Diese finden meist im SG-Vereinsheim in Lomersheim, in den Räumlichkeiten des Fliesenbetriebs M. Ramthun statt.

Auch die Gewaltbereitschaft der Mitglieder und des Umfelds von SG ist

nicht zu unterschätzen. So waren auch Mitglieder des SG an den Provokationen zur Schlägerei in Mühlacker-Lomersheim im Mai 2006 beteiligt.

Am 04.10.07 besuchten ca. 15 Personen vom SG und dessen Umfeld einem Vortrag über Kultur und Kleidung der rechten Szene in Mühlacker, um zu stören und zu provozieren. Auch SG stellt einen festen Bestandteil der rechten Szene dar.

über die Jahre hinweg eine eigene Infrastruktur aufgebaut. Diese ist zwar noch nicht vollständig ausgereift, aber doch zu einer ernstzunehmenden Gefahr geworden.

Fazit

Ersichtlich wird, dass die rechte Szene in Pforzheim und dem Enzkreis untereinander sehr gut vernetzt ist und darüber hinaus bundesweite, zum Teil sogar internationale Verbindungen zu rechten Gruppierungen unterhält.

Die Teilnahme an Veranstaltungen wie beispielsweise Demonstrationen, Vorträgen und Konzerten geschieht meist gruppenübergreifend. Die Rechte aus Pforzheim und dem Enzkreis hat sich



Pforzheimer Neonazis bei den Montagsdemonstrationen gegen Hartz 4.
2.v.r. Kai Eric Mursch, Vorsitzender der NPD Pforzheim

Verwaltungsgericht lehnt Demogebühren ab

Am 29. März 2007 wies das Karlsruher Verwaltungsgericht die Praxis der Stadt Pforzheim zurück, die Anmeldung von Demonstrationen mit hohen "Verwaltungsgebühren" zu belegen. Dieses Vorgehen entbehre zumindest in Baden-Württemberg jeder juristischen Grundlage. Geklagt hatten zwei AnmelderInnen antifaschistischer Demonstrationen in Pforzheim, die Gebühren von bis zu 150 Euro bezahlen sollten. Mit diesem klaren Signal hat das Karlsruher Gericht sich deutlich gegen die Versuche zahlreicher Behörden positioniert, die Ausübung der Versammlungsfreiheit zu einer bezahlten Dienstleistung seitens der staatlichen Organe zu deklarieren. Tatsächlich hatte der Vertreter der Stadt Pforzheim die Gebühren mit dem Verwaltungsaufwand gerechtfertigt, der durch die Erstellung von Auflagen und die Anwesenheit der Polizeikräfte verursacht würde. So müssten ja auch bei anderen Leistungen der Behörden Zahlungen entrichtet werden.

Abgesehen davon, dass diese "Leistungen" von den DemomelderInnen keineswegs gewünscht oder gefordert waren, sondern vielmehr seitens der Stadt dazu dienten, die Möglichkeiten der Demonstration einzuschränken, wird das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit mit dieser Argumentation zur (Luxus-)Ware erklärt. In den letzten Jahren wurden politische Veranstaltungen zunehmend durch schikanöse Auflagen in ihrem Grundanliegen, öffentliches Gehör für ihre Forderungen zu finden, eingeschränkt.

Beispielsweise wurden häufig die Demonstrationsrouten in unbewohnte Gebiete verlegt, die erlaubten Dezibelgrenzen für Lautsprecheranlagen in absurd niedrigen Bereichen angesiedelt oder der gesamte Zug von massiven Polizeiketten umgeben, so dass Transparente für PassantInnen kaum lesbar waren und Flugblätter nicht verteilt werden konnten.

Der Versuch der Stadt Pforzheim, sich für derartige Sabotageaktionen gegen das Versammlungsrecht auch noch von den Betroffenen bezahlen zu lassen und zugleich die VeranstalterInnen von Demonstrationen auf finanziell besser gestellte Organisationen zu beschränken, kann nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts als gescheitert betrachtet werden.

Allerdings äußerten sich die Karlsruher Richter nicht grundsätzlich zu den verfassungsrechtlichen Bedenken gegen Demogebühren und schlossen eine Revision durch die beklagte Stadtverwaltung nicht aus. Zudem besteht in anderen Bundesländern wie

**Demogebühren
abschaffen!**

z. B. in Bayern die rechtliche Grundlage für Demogebühren, was die Möglichkeit offen lässt, dass das Land Baden-Württemberg diesem schlechten Beispiel folgt. Dennoch muss das Urteil als klarer Sieg für die Versammlungsfreiheit gewertet werden.

"Damit hat das Gericht klargestellt, dass Behörden nicht völlig willkürlich politische Grundrechte durch finanzielle Hürden einschränken und sie als käuflich erwerbbarer Ware definieren dürfen. Über das Urteil des Karlsruher Verwaltungsgerichts hinaus bleibt es aber wichtig, grundsätzlich gegen solche absurden Einschränkungen des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung vorzugehen - auch und gerade dort, wo solche Grundrechtsverletzungen wie in Bayern gesetzlich abgesegnet sind", erklärte Sprecher Mathias Krause für den Bundesvorstand der Roten Hilfe.

Mathias Krause Bundesvorstand Rote Hilfe e. V.

Aktuelle Entwicklungen

Am 27.07.2007 legte die Stadt Pforzheim Berufung gegen das vom Verwaltungsgericht Karlsruhe verhängte Urteil ein. Eine Entscheidung vor dem Oberlandesgericht (OLG) Mannheim steht noch aus. Die Stadtverwaltung strebt in diesem Fall einen Musterprozess an, dessen Erfolg auch anderen Städten Baden-Württembergs die Einführung solcher Gebühren ermöglichen würde.

Entgegen der Gebührenerhebung 2005 gibt es mittlerweile einen Paragraphen in der Stadtordnung, der die Höhe der Verwaltungskosten festlegt. Darin ist ein Entgelt von 42 Euro/Stunde für „alle an

der Leistung Beteiligten“ vorgesehen. Gebühren werden erhoben für die Anordnung von Auflagen und die Genehmigung von Ordnern. Ob diese Verordnung rechtmäßig ist, hängt von der Entscheidung des OLG ab.

Schlusswort

Beteiligt euch an der Kampagne „Gegen jeden Geschichtsrevisionismus“ und lasst euch selbst Aktionen einfallen. Ob das ein oder andere Transparent an Häusern oder mit Kreide bemalte Straßen, seid kreativ!

bka.blogspot.de



Terminübersicht

Sa, 12. Januar | 14:00 Uhr | Auftaktkundgebung „Let's get it on – deutsche Opfermythen dekonstruieren“

**Do, 24. Januar | 19:00 Uhr | Kulturhaus Osterfeld | Vortrag
"Zukunft der Vergangenheit"**

Sa, 2. Februar | 18:00 Uhr | Infoladen im Cafe Havana | VoKü & offenes Antifa-Plenum

**Do, 14.02 | 19:00 Uhr & Sa, 16.02 | 17:00 Uhr | Kommunales Kino |
Filmvorführungen
SüdOsten ...natürlich wollten wir die Welt verändern
Die Bilder bleiben - Zur Geschichte der Zwangsarbeiter in
Kassel und Region**

**Do, 21.02 | 19:00 Uhr | Cafe Havana | Vortrag über die Naziszene
in Baden-Württemberg & Last Infos zum Aktionstag**

**23. Februar | Aktionstag |
ab 10:00 Uhr | dezentrale Aktionen - Dauerkundgebung auf dem
Marktplatz
ab 15:00 Uhr | Demo "Gegen jeden Geschichtsrevisionismus"**

Kontakt

Homepage

bka.blogspot.de

e-mail

bka@kommunikationssystem.de

*„... die Vernichtung des Faschismus und seiner Wurzeln
bleibt unser Ziel...“*